

10072

Bibl. Jag.

v

Uebersicht

Der von der k. k. Finanz-Präkursor, dem k. k.
Oxyallations-Gewichte, der k. k. Grundbesitzungs-
Ministerial-Commission und vom k. k. Kultusminister
Ansprachen k. k. Kultusminister auf Herka gestellten
Anträgen zu dem Gesetzentwurf wegen Lösung
der gesetzlich auf den Dominical-Gütern lasten,
den Haftung für die Forderungen und den von
in der Unternehmung und mit der gesetzlich
Gewichte-Verwaltung. -

BJ

*Das A. B. Grundbesitzungs-
ministerial-Commission.*

*Antony
Joh. Kaufmann*

Kaufmannsbrief.



at
my
m
zu
g

eigentlich die Darmit anfringen
 das schaffendige zu sein und zu
 was selbige ist. Und in dem das
 ihnen in der ersten zu sein das
 haben, und die erste in der ersten
 in der ersten zu sein und zu sein
 in der ersten zu sein und zu sein
 in der ersten zu sein und zu sein

[illegible]

Dies Kinnungerszeit würde folgen.
Der Gesetzentwurf hiesse: Dem.

Anmerkung. Auf die letzten sechs
währenden kann dieses Gesetz keine
Anwendung mit obenerwähnter nicht in
Folge des obigen gemachten ges. Pfand-
rechts, sondern nur einem gegen-
ständlichen Titel des Hypothekens aufzulegen
sein. -

Auf die Erinnerung, daß die Länge der
 die Gegenwart der Octave wirklich
 können wichtiger sei, als die Länge über
 die Darstellung der Octave zu Lieblich-
 keit und Forderung der Lieblichkeit
 wegen, weil nicht angenommen werden
 darf, daß die Goldstücke sich in einer
 gesetzlich obigen andern gesetzlich, und
 die Nutzen wollen, auch die selben
 durch ein gesetzliches Handeln befähigt
 sein oder nicht, die Person jedoch der
 Länge an mehr als der Umfang dieses
 Pflichten verleiht als bloße zu können
 bringt sich die Länge an, ab 20

Ich mag nicht, wird mit ^{Ich} ~~Wenigstens~~
selbst das Gesetz nicht auf zum Cassell zu
ziehen. - Alle wir zu Recht zu tun
und dem Grunde der Unabgeschlossenheit
herausfinden sind bisher nicht möglich
zu sein, was nicht wenig bekannt ist. Die
politischen Cassell zu tun, kann nicht
möglich sein, finden dann die Lösungen der ge-
wöhnlichen Unabgeschlossenheit von ihren Ober-
keiten, welche wir gesetzlich ist. Wenn
wir sind, wenn nicht, ob wir nicht
kommen ist:

Das andere öffentliche glückselig
sein kann, wenn auf Forderungen,
denn gesetzlich kein Prioritäts-
recht gebührt, von ihnen aus das
Octava, oder aus dem, von dem
der Herr des Marktes selbst die
günste Zugelasse befreitigt war.
Der Herr kann eine spezielle
Forderung dieser Art ausfolgen,
wenn nicht ein Vorrecht gesetzlich wird,
welche Forderung der Forderungen
eingetragen, und dem Herrn zu verfahren.
In Folge gesetzlicher Bestimmungen
eingetragen werden können. Der
Herr selbst trägt demnach darauf,
dass in dieser Angelegenheit ausgemacht,
man werde.

I. Das ist die Forderung
alle nach zu Recht befreit, und
dem Herrn der Marktschlichter
freizulassen, und bis zu nicht eingetragenen
Befehlen, oder nicht befreit nach,
kräftig und finden den Forderungen.
ganz der gemeinsamen Marktschlichter
man an ihm befreit, wenn sie gesetzlich
sind gesetzlich Forderungen und Befehlen
betreffen, welche ein gesetzliches Befehl
nach der allgemeinen obrigkeitlichen Art zu
kommen, zu befreit sind, welche im Markte
der Befreien angegeben, und wenn sie
selbst kräftig und finden sind,
angewendet werden müssen.

II. Das ist die Befreiung der Forderungen
ganz eine Prioritätsrecht gesetzlich werden.

III. Das ist Forderungen, über welche noch
nicht kräftig und finden werden, und
welche dem Herrn selbst nicht angegeben
werden, als gültig ausgeben anzunehmen,
das sind, Forderungen eingetragenen, rückförmig,
auf dem Herrn selbst befreit festsetzen.
nicht ausgeben sind, in der Folge wird noch
ganz Befreiungen geltend gemacht werden.
dem Herrn, welche dem Forderungsfallen
nach dem befreiten Befehlen allenfalls
angewendet werden können sind.

ad I. Das ist die Befreiung gesetzlicher
Befreiungen, f. v. J. Ende des 18ten

Lösung angenommen werden, weshalb
 auf andere Forderungen der Vater-
 schen gegen ihre Gemahlin, ihre
 Eigenheim- und zeitweiligen An-
 sprüche, als mit diesem gesetzlichen
 Pfandrecht befreit nicht angenommen
 werden können, und die Frau in die-
 se Verfügung der Lösung nicht ein-
 greifen darf. Die Lösung ist aber
 auf sie nicht angewandt worden, da
 dieser Forderung kein so geringes
 auf die Forderungen auf der Gemah-
 lins Seite zu setzen. Der Herr
 Pfarrer und der Vater schenken
 das, was der, als das, was der Herr
 künftigen Befreiung mit dem in der
 Gemahlin's Forderungen für die Herr-
 schen, was mit dem Pfandrecht
 vom 10. Juni 1884. ablassen, und der
 Vater ist zwischen Dominical-
 und rusticale Forderungen, was mit
 dem gesetzl. Decret vom 2. April 1884
 und vorzüglich mit dem Pfandrecht
 vom 10. Juni 1884. bestimmt wurde.
 Dieser Forderung falls das auf nicht
 den unmittelbaren Forderungen, das die Frau
 Forderungen der Vater schenken nicht in
 gesetzl. Hypothek zu geben, seine
 Absicht ist in demselben selbst aus-
 drücklich ausgedrückt, sie ist die
 Frau gewiss, nur
 a. Die Forderung zu haben, an was
 sich die Vater schenken bei der
 Veränderung mit ihrem bezieht
 und die Forderungen zu haben, haben
 b. Mit gesetzl. Befreiung der Forderungen
 der Vater schenken, die gesetzl. Befreiung
 der Forderungen zu haben, haben
 den und die Befreiung der Forderungen
 setzen in Befreiung der Forderungen
 zu haben, haben, und
 c. Forderung der Forderungen
 die Befreiung der Forderungen zu haben,
 den an ihrem Befreiung für
 die Forderungen der Vater
 schenken Befreiung zu haben
 das, was vom 10. Juni 1884. befreit.
Überschrift. Patent "an was die"
"Vater schenken in Befreiung der Forderungen"

[illegible]

Vertrag des Reichsboten, Friedrichs
 Sie aber nach dem Tode von Kaiser
 1789. Sie und dem Lande der Niederlande
 nicht selbständig fortzuführen,
 wenn Sie in der, im Tode von
 Kaiser 1784. festgesetzten 3. jährigen
 Frist nicht angebracht werden, was,
 jedoch, so wünschte man, wenn man
 unter dem, im 3. 1. und 2. Artikel
 des v. J. 1789. gegebenen allgemeinen
 Artikels: nicht blieb Sie im Tode,
 so von J. 1784. voraussetzen Vor-
 setzen, sondern überführt alle mit
 dem Lande der Niederlande flü-
 chenden Fortführungen abzumehren
 wollte, weil nach der gegenwärti-
 gen Ansicht des Lande der Niederlande
 seit in dem, dem Tode als solches
 gesetzlich ansehbaren Kaiser von
 Seiten gegen seinen Grundsatz als
 solches, und nichtiglich in dem, von
 von der gesetzlich ansehbaren
 pflichtigen Kaiser von Seiten, und
 weil dem Tode in der Verfassung
 fallen und der Weg der Kaiser,
 so offen steht, consequenter Weise
 so nach gegeben, daß zu dieser für
 den Tode der Niederlande, und die
 Grundsatz des Reichsboten und
 gegenwärtig fortzuführen ge-
 fien; weil sich der Tode die
 Verfassung der Grundsatz, die Verfassung,
 dem der Reichsboten und pflichtigen
 blinden Tode pflichtigen Kaiser
 gesetzlich haben, so wie nach der
 untrübsamen Verbindlichkeiten gegeben
 müßte, und so wie man sich bei
 der Kaiser gegeben, daß nach der Fortfüh-
 ren überführt, und nicht blieb, wie die Kaiser
 von J. 1784. nicht, nichtiglich so und
 die Kaiser pflichtigen Kaiser pflichtigen
 Kaiser, die der Kaiser nicht nur
 Staat der Verfassung, welche auf die Kaiser
 gab der untrübsamen Kaiser oder der Kaiser
 in sich pflichtig, /: S. S. 1793. 1793. v. b. G. L. / und,
 nicht, unter dem in beiden Tode bestim-
 men Fortführungen gegeben müßte: Festsetzt
 v. 21. August 1797. 3. 2. 299. / nicht nur Sie, nicht
 pflichtig Kaiser fortzuführen in der Tode v. J. 784. aber
 zu Grundsatz der Niederlande nicht ansehbaren Ver-
 bindlichkeiten unter dem, bezüglich der Kaiser
 pflichtigen gesetzlich ansehbaren, von der von der
 Kaiser gesetzlich ansehbaren Kaiser, welche der
 Tode Kaiser gesetzlich ansehbaren Kaiser, alle
 ein Kaiser für die Kaiser pflichtigen Kaiser
 Kaiser gegen die Kaiser, /: Kaiser gesetzlich ansehbaren
 Kaiser der Kaiser, welche nach dem Kaiser
 S. S. der Kaiser pflichtig. Kaiser pflichtig und,

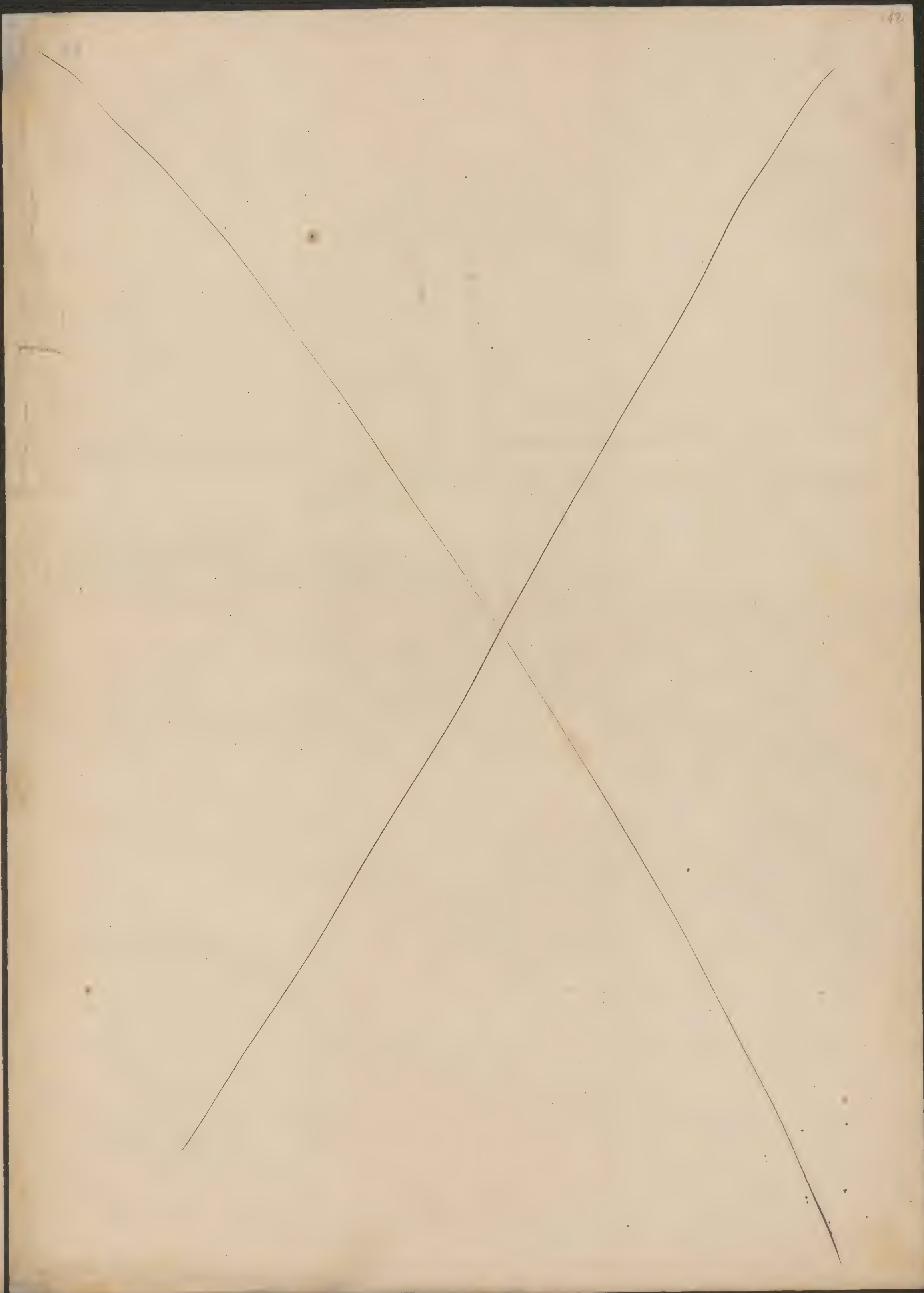
[illegible]

Landes- und Kreis-Verordneten, Justiz-Verwaltung,
 zur Bestimmung der gesetzlichen Eigenschaft
 der Güter in dem Kreis, welche festgesetzt
 sind, und zugleich bestimmt wurde, daß bei
 Güterveräußerung mit Eigenschaftsänderungen zu-
 sammengefaßt mit ihren Anverwandten in
 der Pfändung zu bestimmten Pfändungs-
 allmähliges beschränkter Pfändungsfähigkeit,
 so nicht angeschlossen sind. Die Kaiser
 Louis Verordnungen in der Eigenschaft
 und der Pfändung, welche für immer von
 der gesetzlichen Befreiung in petitorio ge-
 hen werden, angeschlossen sind, so ist
 nicht abgesehen, warum der Ausschlag der
 der Pfändung, der Veräußerung,
 von der Eigenschaft abgesondert nach
 dem unteren Gesetz angeschlossen war,
 das sollte?

Oben so wird die in Folge v. J.
 Gesetzgebung v. 15. August 1850. angeschlossen
 f. Min. d. W. v. 4. Okt. 1850. L. G. L. I. ex 55.
 §. 84. die Befreiung gegen den Besitz der Ver-
 ständlichen die der Eigenschaft befreit,
 der Veräußerung angeschlossen, mit der Befreiung,
 welche nach der Güter Befreiung v.
 haben wollten, auf der Pfändung ge-
 wisen.

ad II.) Die von f. Ministerium im Gesetz
 v. 11. Febr. 55. J. 29952. angeschlossen die,
 steht, die Befreiung der Lotaria auf eine mög-
 lichst schnelle Art, mit Befreiung der Befreiung
 der Pfändung angeschlossen Pfändung zu bewirken,
 die der Befreiung sind Pfändungsfähigkeit,
 nach der Befreiung der Pfändung,
 mit der Befreiung sind angeschlossen,
 die zu befreiten Befreiung vor-
 werden. Damit aber die Befreiung nicht
 angeschlossen werden, so muß die Befreiung die
 angeschlossen der Befreiung, mit der Befreiung
 der Befreiung der Befreiung sein. Die
 der Befreiung steht, nach der Befreiung
 steht gewonnen werden, daß für die Befreiung
 Befreiung der Befreiung, die Befreiung
 aber von der Befreiung angeschlossen, was
 ist die Befreiung einer Befreiung
 Befreiung der Befreiung geben
 könnte. Die Befreiung der Befreiung
 ist befreiend angeschlossen, was der Befreiung
 zu Befreiung, selbst zu der Befreiung
 Befreiung der Befreiung mit der Befreiung
 der Befreiung Befreiung angeschlossen
 Befreiung der Befreiung, gemäß ist, was
 ist die Befreiung der Befreiung der
 Befreiung der Befreiung Befreiung
 mit der Befreiung §. 846. mit 848. von der Befreiung
 angeschlossen, daß die Befreiung
 Befreiung, was zu der Befreiung, was
 so Befreiung, mit Befreiung Befreiung die

[illegible]

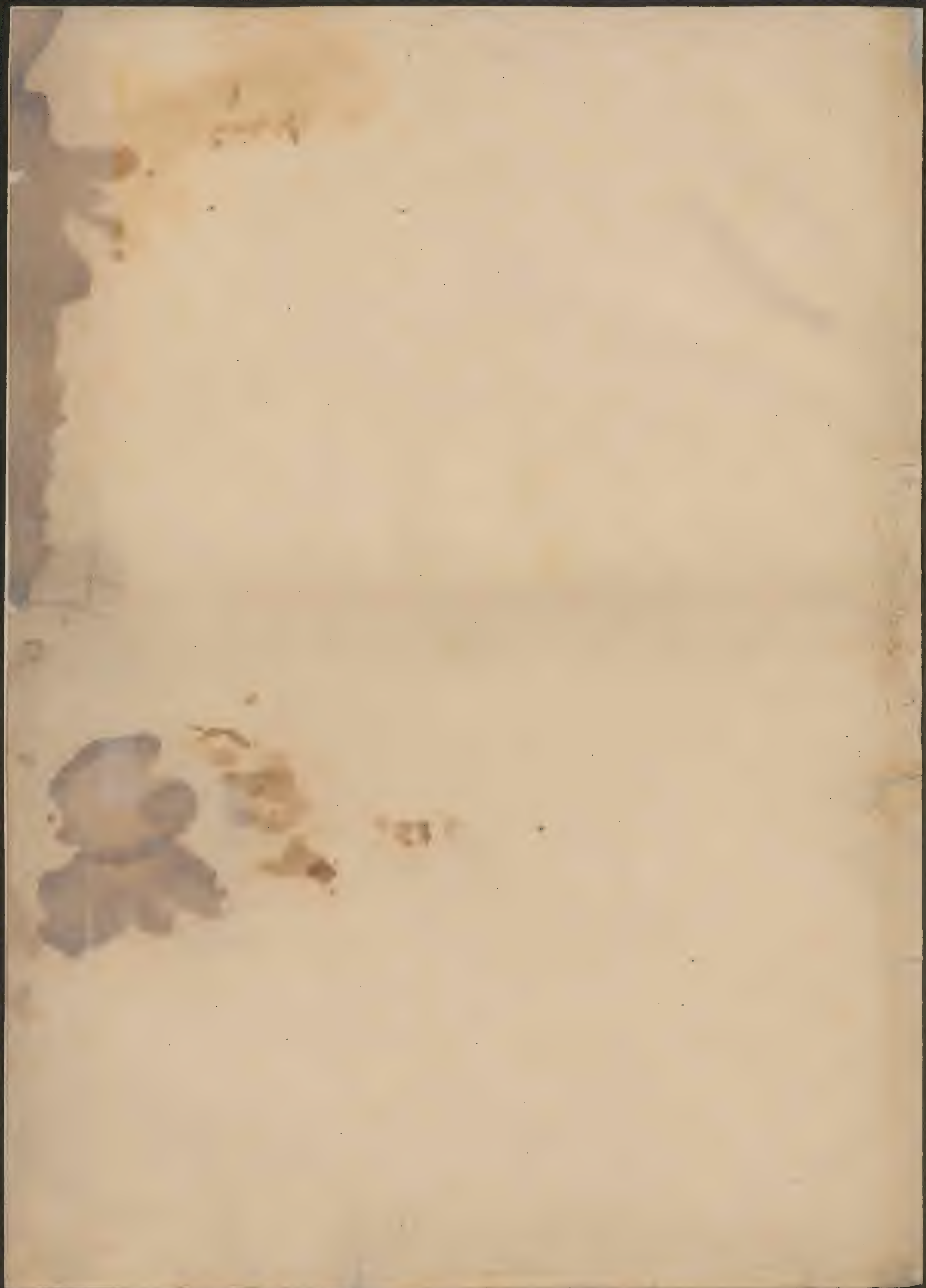


J. 7.

Die kaiserlich-königlichen Landes-
und Verwaltungsräte, sind bei dem
jungeren k. k. Landrath zu
überweisen, in dessen Abwesenheit
der gewesene Rat, der für seinen
Geschäftsverwalter ist, mit
dem gesetzlichem Pfandversteher
beauftragt wird sich zu befassen.
Der Landrath hat über je-
den Landrath, nach dem für
diese Angelegenheiten er-
haltenen besonderen Auftrage,
den Rat auch zu handeln,
mit über alle Anträge,
von denen der Landrath
zu handeln.

Der k. k. Finanz- und Verwaltungsrath
trägt an, daß in diesem Sinne
geordnet werden:
Der k. k. Landrath hat über
jede Landrath nach dem, für
die Einbringung der Debiten
verpflichteten mit gegen-
sitzigen Einverständnis der
Landrath und dem Landrath
besonderen Auftrage,
sich auch zu handeln.

Der k. k. Appellationsgericht
befiehlt den Landrath der
Ministerium bei-



und zwar die letzteren ad a. im Wege der Beschwerde angebracht die Letzteren ad b. aber angemeldet werden. -
Wurden die ad a. erwähnten Forderungen in dem obfestgesetzten Zeitpunkte nicht angebracht, so löschen sie gänzlich und können bei keiner Behörde mehr vorgebracht werden, die Forderungen hingegen ad b. verlieren sowohl jeden Anspruch auf die Octava als auch auf jedes andere gesetzliche Pfandrecht auf das Gut und können nur noch gegen die, welchen geltend gemacht werden, welche dem Forderungsteller nach den bestehenden Gesetzen allenfalls persönlich dafür verantwortlich sind. -

Oben so die H. H. Grund-
entlastungs- Minister,
vial. Commission.

Wegen Liquidierung und Einbringung der mit dem Austauschbündnisse zusammenhängenden Rückstände an Mobiliarpfändlichkeiten und Austauschungs-Kapitalen insofern sie nicht in der Amtswirklichkeit der Grundentlastungs-Argum. gegeben sein wie auch der Kapitalien für ungenüßliche Leistungen / Prägravationen / Kapitalien / würde der Gesetzgeber dem hohen Ministerium mit dem Gesetz vom 3. Jänner 1855 Nr. 19365 vorgelegt. -
Auf diesem zu verlassenden Gesetze wären die oben ad S. 1. erwähnten Kapitalien zu bezeichnen, nebst dem Einfuhr-Gesetz auf von ihnen bewilligt. Bei diesem Gesetze mit Kosten auf die gegenseitigen Eintragungen compensiert werden. Dieser S. wäre zu ergänzen.

S. 2.

Die / Ministerial-Entwurf des Gesetzes für die Einbringung der mit dem Austauschbündnisse zusammenhängenden Rückstände an Mobiliarpfändlichkeiten und Austauschungs-Kapitalen insofern sie nicht in der Amtswirklichkeit der Grundentlastungs-Argum. gegeben, so wie auch der Kapitalien für ungenüßliche Leistungen / Prägravationen / Kapitalien / würde der Gesetzgeber dem hohen Ministerium mit dem Gesetz vom 3. Jänner 1855 Nr. 19365 vorgelegt. -
Auf diesem zu verlassenden Gesetze wären die oben ad S. 1. erwähnten Kapitalien zu bezeichnen, nebst dem Einfuhr-Gesetz auf von ihnen bewilligt. Bei diesem Gesetze mit Kosten auf die gegenseitigen Eintragungen compensiert werden. Dieser S. wäre zu ergänzen.

Der K. K. Finanz-Präsident hat durch
an. Damit in diesem Gesetz ausge-
nommen wird, daß jedoch die Bestim-
mungen des obigen §. 1. u. 2. Gering-
gefallen wird. In dem vorgenannten
der mit der gesetzlichen Bestimmung
beabsichtigten Güter frei bleibt, die
Lösung dieser Bestimmung nicht
ist. In der vorstehenden Bestimmung
wirken und pflichtet die Bestim-
mung der folgenden §. vor.
§. 3.

Wird innerhalb der im §. 1. fest-
gesetzten Frist keine Liquidation
oder Abrechnung eingereicht, so
ist fürwahr der Gültigkeit der
über diesen Angelegenheiten der Bestim-
mung von betreffenden Liquidat.
nicht zu verfahren.

Der K. K. Appellationsgericht wird
diesem Antrage bei und pflichtet die
den Vorzug in folgenden Art:
§. 3.

Wird innerhalb der im §. 1. festgesetzten
Frist keine Liquidation oder Abrechnung
eingereicht wird oder aber die ein-
gereichten Liquidationen als ungenügend,
die zurückgewiesen oder nicht
die zu dem bekannten Tatsachen der
Antrag befriedigt werden, so
ist fürwahr der Gültigkeit der
Liquidation von dem betreffenden
Liquidanten zu verfahren, auf die
von Grundlagen der Gültigkeit der
Antrag in der Liquidation, daß
die Gültigkeit der Tatsachen der
Antrag von der Bestimmung befriedigt
ist, bezeugen kann.

§. 3.

Um die Befreiung der ehemaligen
Communitalkreditgeber von der ge-
setzlichen Bestimmung und der gesetzlichen
Gewissenshaftigkeit zu bewirken wird von
Allerhöchster, daß die vorgenannten
Gewissenshaftigkeit das Absolutorium
über die sowohl in Liquidation auf
der Liquidation der Aktien- und Passiv-
Konten als in Liquidation auf der
gesetzmäßigen Veranlassung zu,
sowohl gesetzlicher Liquidation
der Aktien- und Curanden- so
wie der Depositen- Kammern
ausstellen haben.

Wird binnen 3 Jahren vom Be-
ginn der Befreiung des Absolutoriums
kein Antrag auf der Abrechnung
der Aktien- und Depositen- Kam-
mern oder auf anderen
Zweigen der Justizverwaltung
der ehemaligen Gewissenshaftigkeit
der mittelst Syndicats- Liquidation
zu gemacht und auf kein
bisheriges zurückgekauft
angewandt so wird derselbe
gestrichen, in dem von dem
betreffenden Oberlandes-
richter aufgestellten Ur-
kunden mit der Liquidation
angewandt, daß in der vor-
stehenden Frist keine solche
Liquidation eingereicht wurde,
kann jedoch als Urkunde sein, wenn
die Bestimmung der Octava nicht
auf einen anderen Grund
§. 3. 1. und 2. / ganz oder theilweise

Der K. K. Finanz-Präsident muß
die Liquidation, daß in dem ge-
setzten Fristen der K. K. Minister-
rath die Liquidation der ge-
setzten, bei welcher die Liquidation
der Oberverfassung angestrichen
ist, so wie die Liquidation nicht.
pflichtet der verurteilten 8^{ten} Haft-
des Oberverfassungsfähigkeit- Ca-
pitals fest und stellt diesen §.
in zwei Paragraphen wie folgt:

§. 4.

Um die Befreiung der ehemali-
gen Communitalkreditgeber von der
gesetzlichen Bestimmung und der
gesetzlichen Gewissenshaftigkeit zu
bewirken wird von Allerhöchster,
daß die vorgenannten Ge-
wissenshaftigkeit das Absolutorium
über die sowohl in Liquidation auf
der Liquidation der Aktien-
und Passivkonten als in Li-
quidation auf der gesetzmäßigen
Veranlassung gesetzlich ge-
setzten, in Liquidation der Aktien-
und Curanden- so wie der
Depositen- Kammern
ausstellen haben.

Wird binnen 3 Jahren
vom Beginn der Befreiung
des Absolutoriums

Der K. K. Appellations-Ge-
richt befiehlt die gesetz-
liche Bestimmung der K. K. Mi-
nisterien bei und pflichtet
nur an, daß der §. 3. (respecti-
ve §. 4.) nachstehenden Worten: "und
auf kein bisheriges zurückgekauft
angewandt" die Li-
quidation aufzunehmen werden:
"die ehemaligen Liquidationen als
ungenügend zurückgewiesen oder
aber die zu dem bekannten Tatsachen
gen befriedigt" so wird etc
(wie in Ministerialentscheidungen)

alle Anmeldungen von
Kaufmann zu lassen.

Dieser Aufsicht wird auf von
der Grundbesitzungs-Mi-
nisterial-Commission ge-
stellt, sie soll sich in der
zu beschreiben in dem
Wort von - dieser hat:

§. 3.

Dann innerhalb der im §. 1. fest-
gesetzten Frist kann der
die Besondere oder An-
meldung eingereicht wird
oder die eingereichte Be-
schreibung in p. v. von der
H. H. Appellationsbehörde
entwird. —

Kaufmann stimmt für die
Aufnahme dieser Beschrän-
kung in das Gesetz und
wird auf die Aufnahme
des Entwurfs der H. H.
Grundbesitzungs-Mi-
nisterial-Commission an.

In der Grundbesitzungs-Mi-
nisterial-Commission werden von
den besetzten Commissionen
gleichzeitig 2. Aufsicht auf
stellt und zwar:

I. Vom H. H. Napadewicz der
beim der Commission wird
bestimmt, dass nach erfolgter
Bescheinigung der Commissionen
und dem Unterstaatssekretär
jede Beschränkung der Güter auf
sich selbst, mit der Octaval-
Beschränkung in Galizien auf den
und der Verwaltung der Ge-
richtsbezirke der Provinz und
der Provinzen auszuweisen,
gibt den Commissionen nicht auf,
gibt es werden durch. Für die
Grundbesitzungs-Mi-
nisterial-Commission wird
angeführt:

Das Patent vom 18. April 1854
bestimmt ausdrücklich nur
an was sich der Unterstaats-
sekretär seiner Aufsicht
auf Verwaltung für die und
dem Lande der Unterstaats-
sekretär gesondert und getrennt,
an demselben und getrennt.
von der Verwaltung der Provinz
die Aufhebung der zu setzen
sich das Patent vom 10. Juli
1859 sagt, dass in demselben die
Gerichtsbefugnisse einer Kommission
gegeben werden, wie demselben
die obersteinsten, sondern
von der Unterstaats-
sekretär zu klassifizieren sind.

Die vom H. H. Napadewicz aufgestellten
Aufsicht und die für dieselbe ange-
gebenen Gründe sind nur eine
Wiederholung der von der H. H. Kommission
gekauften in dem Gesetz vom
22. März 1851 Z. 15204, welches mit
dem Gesetz der Landes-Parli-
ment vom 6. Juni 1851 Z. 4912
demselben Ministerium vorgelegt
wurde, aufgestellten Beschränkung.
Dieser Aufsicht wird auf bei der
im Jahre 1824 wegen Aufhebung
der Octava stattgefundenen Be-
schreibung der H. H. Landes-Ge-
richtsbefugnisse (Z. 49815, 6. Logen 2.)
von einigen H. H. Votanten an-
gekauft. —

Da bei der Grundbesitzungs-
Ministerial-Com-
mission aufgestellten An-
sicht davon sich nur die
Sache: ob die der Unterstaats-
sekretär mit der Beschränkung
der Octava gegenüber den
anderen Gläubigern in
Gallen der Concurses über
die Provinzen der Domini-
cal-Güterbesitzer oder bei
gerichtlichen Executionen
sachlichen von Domini-
cal-Gütern, wo somit die
Prioritäts-Rechte der Gläubiger
zu veräußern kommen,
gewisse Beschränkung auf
den dieselbe beschränkt gesetzlich

besteht die Annahme, in der
Landesrat, dass das Gut von jener
gesetzlichen Haftung wegen der
gleichen Verbindungen frei sei.
Beysetzen können so dass von
dieser Zeit jener Aufsicht und
die Octava und beaufsichtigung
auf ein Tugendtal sowohl als
jeder andere gesetzliche Pfand.
nicht auf das Gut und diesem
Titel verleiht und die etwa noch
bestehenden sind bis zu diesem
Zeitpunkte nicht geltend gemacht.
den Verbindungen ein mehr ge-
gen denjenigen geltend gemacht
werden können, welche nach den
bestehenden Gesetzen gesetzlich die
für verantwortlich sind.

Um jedoch jenen Nachteil von Obri-
ten und Warden und überführt jenen
Rathmann zu entfernen, die in der
unverfügbaren Zeit nicht in der
Lage waren ihren Pflichten und der
gesetzlichen Verwaltung
durchzuführen, wird demselben ge-
stattet, dass die Pflichten aufzugeben
soll, in so lange die gesetzliche
Haftung nicht eingetreten
ist, gegen den Staat selbst
geltend zu machen, welche
die und der gesetzten Gewiss-
samkeit in den gegebenen
Fällen gesetzlich anerkannten
Verbindungen gegen den Staat
an den Verbindungen zu
berücksichtigen und sich nimmt.

§. 4.

Die im §. 3. erwähnten Gründe
katholisch geworden und Annah-
mungen sind antworten in
mittelbar bei dem zehnten
digen Oberlandsgewisse
oder bei dem im §. 2. be-
zeichneten Landesherrn
angebracht. - Im letzteren
von falls können dieselben
auch mündlich zu dem
Stellvertreter werden.

Das Landesherrn hat die
bei demselben angebrachten
den Landesherrn und An-
nahmen in der gegebenen
den Oberlandsgewisse
vorzutragen.

Ein Aufsicht und der Verwaltung
das Oberrath und die Oberrath
nach der und anderen Zweigen der
justizverwaltung der verschiedenen
Gewissheiten mittelst Syndicate
Landesherrn gemacht und ein
barnitt zur Kenntniss der Aufsicht
angebracht, so dass von dieser Zeit
jener Aufsicht und diesem Titel
und die Octava so wie jeder andere
den gesetzliche Pfandrecht auf
das Gut der Art zu verleihen,
dass die etwa noch bestehenden
und bis zu diesem Zeitpunkte
nicht geltend gemachten Verbind-
ungen ein mehr gegen den
Staat geltend gemacht werden
können, welche nach den bestehenden
Gesetzen gesetzlich dafür an-
verantwortlich sind.

Um jedoch: wie im Ministerial-
Entwurf bil./ nimmt.

§. 5.

Dem genannten Gewissheiten
wird gestattet nach Ablauf des im
§. 4. festgesetzten Frist bei dem
Oberlandsgewisse ein
von dem Landesherrn anzugeben,
dass die Befreiung aus
bestehenden Urkunden ange-
hen, dass bei diesen kein
Aufsicht und der Verwaltung
das Oberrath und die Oberrath
möglich oder nicht ein
den Zweigen der justizverwal-
tung der verschiedenen Gewiss-
heiten geltend gemacht wor-
den sei.

Auf Grundlegung dieser Urkunde
so wie der im §. 3. bezeichneten
Befreiung hat über das die
solligen Befreiungen der Herr,
für das zehnte Raths-
recht die Annahme in der
Landesrat, dass das Gut von
jener gesetzlichen Haftung
wegen Verbindungen mit
dem Lande der Unterst-
richtung oder der gesetz-
ten Gewissheiten frei sei.
so wie die Verwaltung
das Landesherrn (Kredit-
§. 3. 1. Punkt vom 8. November
1853) zu bewilligen und in-
gesehen solligen zu lassen.

§. 6.

so wie der §. 4. das Ministerial-
Entwurf.



Ihnen zukommen, von dem Reichs-Schreiberey
 durch welches die Octava aufgeschoben
 werden sollte, in dem zu liegen und
 nicht zu unersuchen ist, Trübsal anfallen,
 daß der Gesetzer selbst das mit
 dem Patente vom 1. Febr. 1789. eingeführte
 gesetzliche Handbrot, nur auf den
 aus dem Unteroffen herabzuholen, aus-
 springenden Fortschritten einzun-
 nehmen hat. In aber die schärfste
 Verweisung mit dem Kaiser und
 Depositen-Kommissionen, der eine man-
 gelsche Gesetzgebung einbringen soll
 ein Unteroffenherabzuholen angestrichen
 werden darf, so können die in dem
 selben gegründeten Aufschüsse nicht
 als aus dem Unteroffenherabzuholen
 aufspringen, daher auch nicht als
 ein Octavafestung ist es einmündig
 einbringen angestrichen werden. Man
 aus dem Patent vom 10. Juli 1789, für
 der durch das Gesetz vom 27. Febr.
 1790. in Galizien wieder auf-
 gestellt werden, so können die
 aus dem Patent vom 10. Juli 1789,
 aus, zu folgen die in dem bezogenen
 Gesetz vom 1. Febr. 1789. und 1790.
 einen authentischen Inhaber,
 die in bezogenen Patent gegeben werden.
 Die diese Aufsätze gegen den auf
 die neuen Gesetzgebung in, zu
 die Patente v. 10. Febr. 1789. und 10. Juli
 1790, indem in dem neuen Patente
 Art. 26. der Unteroffen zwischen
 Fortschritten und dem Unteroffen-
 herabzuholen, und aus dem aufgeschoben
 Gesetz herabzuholen beibehalten wird,
 was zu schließen ist, daß die letzten
 aus Fortschritten nicht als aus dem
 Unteroffenherabzuholen schließen aus-
 genommen werden können.
 Daselbe Unteroffenherabzuholen aus dem 1.
 Patente gemindert. Die Gesetze sind
 zwar nicht für Galizien erlassen,
 so können aber aus dem neuen Gesetzge-
 bung herabzuholen Personen aus dem
 Gesetz zur Bestimmung der sowohl in
 die beiden Gesetzen, als auch in
 Patente vom 10. Juli 1789. aufgenommen,
 die Gesetze der aus dem Patent der
 in dem Gesetz, die in dem Patent der
 in dem Gesetz, die in dem Patent der

[illegible]



Das J. Hofrathsal vom 25. Augbr. 1789. Z. 1053.
 unterthänigste Zinsen Befragung nicht, weil
 daselbst nicht den Anfang der Schmelz-
 schmelz, in welcher Hinsicht es sich auf
 das a. J. Patent vom 10 Juli 1789 bezieht,
 sondern nur die Schmelzschmelz, wie diese
 Schmelz in der Landchaft ursprünglich
 zu machen ist, zum Gegenstande d. d.
 der Befragung der unterthänigen An-
 wesen. Da auch diese, in Folge
 der ursprünglichen Befragung der Befragung

[illegible]







wogana ¹ ² ³ ⁴ ⁵ ⁶ ⁷ ⁸ ⁹ ¹⁰ ¹¹ ¹² ¹³ ¹⁴ ¹⁵ ¹⁶ ¹⁷ ¹⁸ ¹⁹ ²⁰ ²¹ ²² ²³ ²⁴ ²⁵ ²⁶ ²⁷ ²⁸ ²⁹ ³⁰ ³¹ ³² ³³ ³⁴ ³⁵ ³⁶ ³⁷ ³⁸ ³⁹ ⁴⁰ ⁴¹ ⁴² ⁴³ ⁴⁴ ⁴⁵ ⁴⁶ ⁴⁷ ⁴⁸ ⁴⁹ ⁵⁰ ⁵¹ ⁵² ⁵³ ⁵⁴ ⁵⁵ ⁵⁶ ⁵⁷ ⁵⁸ ⁵⁹ ⁶⁰ ⁶¹ ⁶² ⁶³ ⁶⁴ ⁶⁵ ⁶⁶ ⁶⁷ ⁶⁸ ⁶⁹ ⁷⁰ ⁷¹ ⁷² ⁷³ ⁷⁴ ⁷⁵ ⁷⁶ ⁷⁷ ⁷⁸ ⁷⁹ ⁸⁰ ⁸¹ ⁸² ⁸³ ⁸⁴ ⁸⁵ ⁸⁶ ⁸⁷ ⁸⁸ ⁸⁹ ⁹⁰ ⁹¹ ⁹² ⁹³ ⁹⁴ ⁹⁵ ⁹⁶ ⁹⁷ ⁹⁸ ⁹⁹ ¹⁰⁰ ¹⁰¹ ¹⁰² ¹⁰³ ¹⁰⁴ ¹⁰⁵ ¹⁰⁶ ¹⁰⁷ ¹⁰⁸ ¹⁰⁹ ¹¹⁰ ¹¹¹ ¹¹² ¹¹³ ¹¹⁴ ¹¹⁵ ¹¹⁶ ¹¹⁷ ¹¹⁸ ¹¹⁹ ¹²⁰ ¹²¹ ¹²² ¹²³ ¹²⁴ ¹²⁵ ¹²⁶ ¹²⁷ ¹²⁸ ¹²⁹ ¹³⁰ ¹³¹ ¹³² ¹³³ ¹³⁴ ¹³⁵ ¹³⁶ ¹³⁷ ¹³⁸ ¹³⁹ ¹⁴⁰ ¹⁴¹ ¹⁴² ¹⁴³ ¹⁴⁴ ¹⁴⁵ ¹⁴⁶ ¹⁴⁷ ¹⁴⁸ ¹⁴⁹ ¹⁵⁰ ¹⁵¹ ¹⁵² ¹⁵³ ¹⁵⁴ ¹⁵⁵ ¹⁵⁶ ¹⁵⁷ ¹⁵⁸ ¹⁵⁹ ¹⁶⁰ ¹⁶¹ ¹⁶² ¹⁶³ ¹⁶⁴ ¹⁶⁵ ¹⁶⁶ ¹⁶⁷ ¹⁶⁸ ¹⁶⁹ ¹⁷⁰ ¹⁷¹ ¹⁷² ¹⁷³ ¹⁷⁴ ¹⁷⁵ ¹⁷⁶ ¹⁷⁷ ¹⁷⁸ ¹⁷⁹ ¹⁸⁰ ¹⁸¹ ¹⁸² ¹⁸³ ¹⁸⁴ ¹⁸⁵ ¹⁸⁶ ¹⁸⁷ ¹⁸⁸ ¹⁸⁹ ¹⁹⁰ ¹⁹¹ ¹⁹² ¹⁹³ ¹⁹⁴ ¹⁹⁵ ¹⁹⁶ ¹⁹⁷ ¹⁹⁸ ¹⁹⁹ ²⁰⁰ ²⁰¹ ²⁰² ²⁰³ ²⁰⁴ ²⁰⁵ ²⁰⁶ ²⁰⁷ ²⁰⁸ ²⁰⁹ ²¹⁰ ²¹¹ ²¹² ²¹³ ²¹⁴ ²¹⁵ ²¹⁶ ²¹⁷ ²¹⁸ ²¹⁹ ²²⁰ ²²¹ ²²² ²²³ ²²⁴ ²²⁵ ²²⁶ ²²⁷ ²²⁸ ²²⁹ ²³⁰ ²³¹ ²³² ²³³ ²³⁴ ²³⁵ ²³⁶ ²³⁷ ²³⁸ ²³⁹ ²⁴⁰ ²⁴¹ ²⁴² ²⁴³ ²⁴⁴ ²⁴⁵ ²⁴⁶ ²⁴⁷ ²⁴⁸ ²⁴⁹ ²⁵⁰ ²⁵¹ ²⁵² ²⁵³ ²⁵⁴ ²⁵⁵ ²⁵⁶ ²⁵⁷ ²⁵⁸ ²⁵⁹ ²⁶⁰ ²⁶¹ ²⁶² ²⁶³ ²⁶⁴ ²⁶⁵ ²⁶⁶ ²⁶⁷ ²⁶⁸ ²⁶⁹ ²⁷⁰ ²⁷¹ ²⁷² ²⁷³ ²⁷⁴ ²⁷⁵ ²⁷⁶ ²⁷⁷ ²⁷⁸ ²⁷⁹ ²⁸⁰ ²⁸¹ ²⁸² ²⁸³ ²⁸⁴ ²⁸⁵ ²⁸⁶ ²⁸⁷ ²⁸⁸ ²⁸⁹ ²⁹⁰ ²⁹¹ ²⁹² ²⁹³ ²⁹⁴ ²⁹⁵ ²⁹⁶ ²⁹⁷ ²⁹⁸ ²⁹⁹ ³⁰⁰ ³⁰¹ ³⁰² ³⁰³ ³⁰⁴ ³⁰⁵ ³⁰⁶ ³⁰⁷ ³⁰⁸ ³⁰⁹ ³¹⁰ ³¹¹ ³¹² ³¹³ ³¹⁴ ³¹⁵ ³¹⁶ ³¹⁷ ³¹⁸ ³¹⁹ ³²⁰ ³²¹ ³²² ³²³ ³²⁴ ³²⁵ ³²⁶ ³²⁷ ³²⁸ ³²⁹ ³³⁰ ³³¹ ³³² ³³³ ³³⁴ ³³⁵ ³³⁶ ³³⁷ ³³⁸ ³³⁹ ³⁴⁰ ³⁴¹ ³⁴² ³⁴³ ³⁴⁴ ³⁴⁵ ³⁴⁶ ³⁴⁷ ³⁴⁸ ³⁴⁹ ³⁵⁰ ³⁵¹ ³⁵² ³⁵³ ³⁵⁴ ³⁵⁵ ³⁵⁶ ³⁵⁷ ³⁵⁸ ³⁵⁹ ³⁶⁰ ³⁶¹ ³⁶² ³⁶³ ³⁶⁴ ³⁶⁵ ³⁶⁶ ³⁶⁷ ³⁶⁸ ³⁶⁹ ³⁷⁰ ³⁷¹ ³⁷² ³⁷³ ³⁷⁴ ³⁷⁵ ³⁷⁶ ³⁷⁷ ³⁷⁸ ³⁷⁹ ³⁸⁰ ³⁸¹ ³⁸² ³⁸³ ³⁸⁴ ³⁸⁵ ³⁸⁶ ³⁸⁷ ³⁸⁸ ³⁸⁹ ³⁹⁰ ³⁹¹ ³⁹² ³⁹³ ³⁹⁴ ³⁹⁵ ³⁹⁶ ³⁹⁷ ³⁹⁸ ³⁹⁹ ⁴⁰⁰ ⁴⁰¹ ⁴⁰² ⁴⁰³ ⁴⁰⁴ ⁴⁰⁵ ⁴⁰⁶ ⁴⁰⁷ ⁴⁰⁸ ⁴⁰⁹ ⁴¹⁰ ⁴¹¹ ⁴¹² ⁴¹³ ⁴¹⁴ ⁴¹⁵ ⁴¹⁶ ⁴¹⁷ ⁴¹⁸ ⁴¹⁹ ⁴²⁰ ⁴²¹ ⁴²² ⁴²³ ⁴²⁴ ⁴²⁵ ⁴²⁶ ⁴²⁷ ⁴²⁸ ⁴²⁹ ⁴³⁰ ⁴³¹ ⁴³² ⁴³³ ⁴³⁴ ⁴³⁵ ⁴³⁶ ⁴³⁷ ⁴³⁸ ⁴³⁹ ⁴⁴⁰ ⁴⁴¹ ⁴⁴² ⁴⁴³ ⁴⁴⁴ ⁴⁴⁵ ⁴⁴⁶ ⁴⁴⁷ ⁴⁴⁸ ⁴⁴⁹ ⁴⁵⁰ ⁴⁵¹ ⁴⁵² ⁴⁵³ ⁴⁵⁴ ⁴⁵⁵ ⁴⁵⁶ ⁴⁵⁷ ⁴⁵⁸ ⁴⁵⁹ ⁴⁶⁰ ⁴⁶¹ ⁴⁶² ⁴⁶³ ⁴⁶⁴ ⁴⁶⁵ ⁴⁶⁶

§ 6.

Aufgrund des obigen Statutes (S. 3 und 4) kann das betraffende Episkopat nur die in Artikel 1 des für die Octavafestbestimmung vorkalkulierten Grundauslassesung-Obligationen bei der Grundauslassungsfunde-Direction befragen.

c ~

§ 7.

Mit der, in § 5. angegeben sein kann
Anmerkung in der Einleitung
steht jeder Aufsatz wie zu finden
wird. Der Abdruck des
der Octava folgt als jedes
und der gesetzlichste Ausdruck
und der Gut.

[illegible][illegible]



Um die Befreiung der so-
maligen Dominikal. Gült.
körper von der gesetzlichen
Zahlung und der gesetzlichen
Gewissenshaftigkeit zu bewirken
wird von Allen ansehnend,
dass die vorgenannte Gewissens-
haftigkeit des Absolutariums
über die sowohl in Zahlung
als der Zahlung des Aktiv-
und Passivpostens als in der
Zahlung auf die gesetzlichige
Veranlassung gesetzlich
ganz Liquidation des gemein-
schaftlichen und abgeordneten
Kassen- und Curanden- so
wie des Depositum-Kammerns
vor der Beihilflichkeit. Dass die
vorstehende Kammern in der
Gefahrung des Gewissenshaftigkeit
voraus, von der betrachtenden
Laferten ansehnend haben.
Von vorgenannte Gewissenshaftigkeit
wird schon gesetzlich gleich nach
Lafert in Absolutariums
der gedachten La.

Hin ein Vollmessenhaber bei der
 Verwaltung der zum Lurell,
 würdigen Bedienungsmann Ge,
 schickte über ein Gültz bei der
 Verwaltung der zum Verwaltung
 zur Verwaltung übergebenen
 Gültz der Verwaltung die für die
 für die Gültz über ein
 die Verwaltung der Gültz
 Lurell aufmerksamen Akten und
 Aufmerksamkeiten abzugeben und
 polizey angeordnet ist seinem
 Vollmessenhaber Aufmerksamkeiten
 abzugeben und die für die Gültz
 übergebenen Gültz zu be-
 wahren; aber so ist ein die
 Verwaltung, welche durch
 die zu verlassenen Gültz
 bezüglich der über ein die
 Verwaltung der Gültz über,
 hat verwirklichen Überwachungen
 eingeleitet und gemacht war,
 das soll, als ein polizey
 Aufsichtsbewachung angeordnet.
 Von der für einverleihen
 gesetzten Aufsicht steht ein
 der H. H. Ministerium anzu-
 geben, indem es in dem Aufsicht,
 absetzen der S. S. der für die
 Verwaltung Aufsichtsbewachung
 denjenigen Personen, welche
 in der Aufsichtsbewachung
 Gültz über ein Aufsicht,
 für die Verwaltung und der für

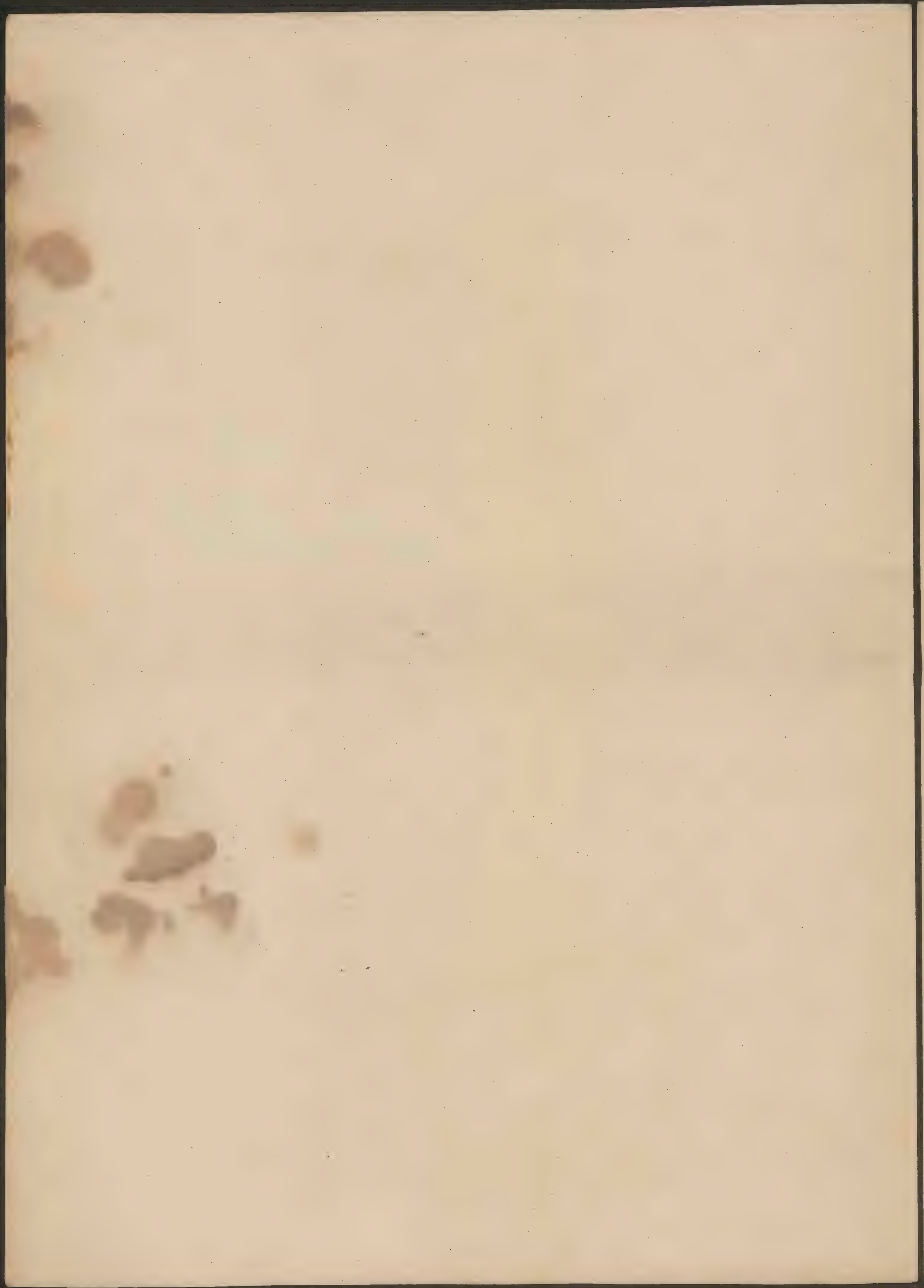


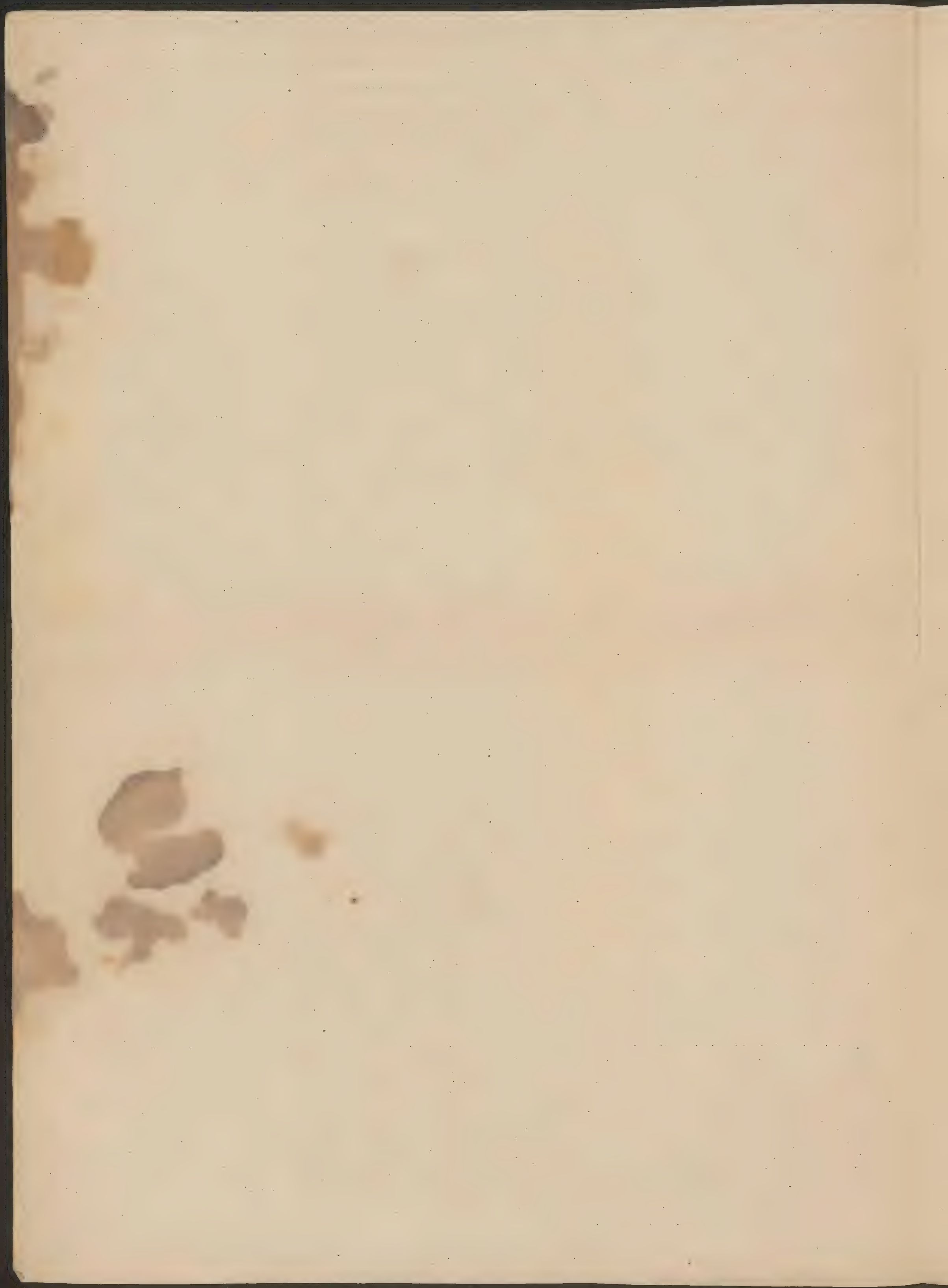
५५

56

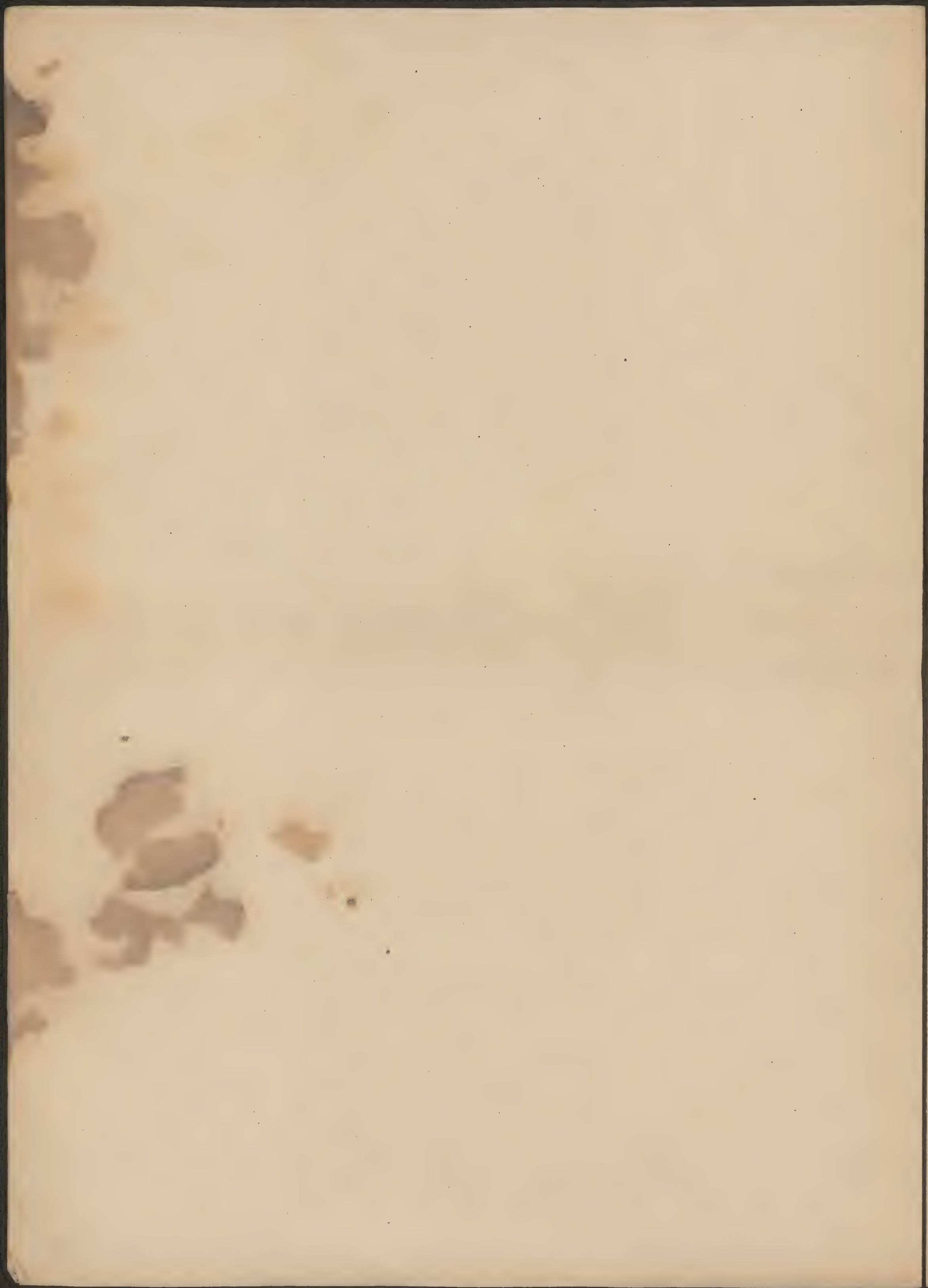
9. 3.

Dieses gesetzliche Pfandrecht be-
steht in einigen Provinzen schon
seit Jahrhunderten zur Sicherstellung der
Krisen- und Liquidationsabläufe,
im Jahre 1889 wurden als erstes
das obige Patent auf die in
Untergrundforderungen ruhenden,
Lohn- und die Einkünfte von
und solchen Pfandrecht in
den unteren Provinzen, wo
es noch nicht besteht, angewandt
kann auf die Pflanzung,
sich das Patent vom Jahre
1889 in seiner Pflanzung
die Einkünfte dieser
Pflanzung auf die Löhne,
Krisen und den Anwalt
der Krisen- und Liquidationsabläufe





[illegible]



[illegible]

34.

5. 5.

3. 10

7.

[illegible]

5. 4.

Kauf Grundbesitzes in Berlin, 1. 2. 3. 4.
 5. / Ein der betreffende Grundstück
 auf der Versteigerung der, für die
 Haftung der Octava mit beizuführen,
 wasser der Kaufschilling, aber nicht
 diesen Grundbesitzungs - Obligationen,
 bei der Grundbesitzungs - Kauf - Ver-
 kaufe beizuführen. —

J. J.

Mit der, im S. 6. vorgeführten An-
 merkung in der Lesezeit, verlißt ja,
 der Aufsatz auf die Octava und be-
 zugsnehmend auf das Besondere
 sowohl, als jenes andere gesetzlich,
 der Pflichten auf das Gut, mit
 jener nach Abzug der jenen An-
 merkung.
 Die auf der gesetzten Grundsatz,
 besteht aber nach befragten, mit
 bei zu diesem Zeitpunkt nicht
 geltend gemacht werden können,
 können nur gegen diejenigen
 geltend gemacht werden, welche
 nach der befragten Gesetze der,
 für gesetzlich verantwortlich sind.
 Dem ist es, dass der Aufsatz von der,
 für, können, mit überprüfungen jener
 Personen zu verstehen, die nicht in
 der Lage waren, ihren Pflichten und
 der gesetzten Grundsatz-Verwaltung
 in dem überprüften Zeitraum der,
 jenen, wird ebenfalls geltend, ihren
 Pflichtenverpflichtungen, in so lange
 der gesetzlich Verjährung nicht
 eingeleitet ist, gegen den Staat
 j.

Vertrag des Magistrats. Fortsetzung.
sollst gütlich zu machen, wofür die
und die gesetzten Geistes-Verwaltung
im gegebenen Falle gesetzlich sein,
denen Fortsetzungen, gegen den
die die Befehlungen zu befolgen
sich sind.

Die pflichtigste Aufklärung der Abso-
lutorien, und aller auf diesem Gesetz, w.
feststehenden Verbindlichkeiten, so wie die
pflichtigste Vorwarnung mit dem
ganz allen diesen gesetzten Anlei-
handlungen, als insbesondere der
allfälligen, gegen gewisse Geistes-
insolvenzen, ungenügenden Pensionsklassen,
den, wie die betreffenden Geistes-
bestanden zur verantwortlichen Pflicht
gemacht.

B.J

